

Ercheint an allen Werktagen. Bezugspreis: ab 1. 10. 21: monatlich 12. in der Reichsstelle 150.— in den Ausgabestellen 160.— durch Botenboten 170.— am Postamt 165.— ins Ausland 20 deutsche Mark.

Verantwortlicher: 4246, 2273. 3110, 3249.

# Posener Tageblatt

Anzeigenpreis: f. d. Grundschriftseite im Anzeigenteil innerhalb Polens 25.— M. im Restland 75.— M. für Anträge aus Deutschland 3.50 M. im Restland 10.— M. in deutscher Wirt.

Telegrammadresse: Tageblatt Poznan.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Ansperrung hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Postfachkonto im Deutschland: Nr. 6184 in Breslau; für Polen: Czekowe Konto P. K. O. Nr. 200 283 in Poznan.

## Wilna.

### Annahme des Hymanschen Entwurfs.

Nach den neuesten Berichten aus Genf wurde in der Vollversammlung des Völkerbundes der 2. Hymansche Entwurf einstimmig angenommen. Hymans wurde mit der Berichtserstattung in der Plenarsitzung des Völkerbundes beauftragt. Der polnische Vertreter Astenagz legte sofort gegen einzelne Punkte des Entwurfs Verwahrung ein. Die litauische Vertretung erklärte sich mit dem Entwurf einverstanden, betonte jedoch die Wichtigkeit, die Truppen des Generals Zeligowski aus dem Wilnaer Gebiet zurückzuführen. Sie erachtet dies als conditio sine qua non, wenn die Verhandlungen ein günstiges Ergebnis haben sollen. Balfour sprach seine Nichtbefriedigung darüber aus, daß die Delegierten der beiden Staaten den Eindruck erwecken, als wenn sie keine Möglichkeit der Verständigung wollten. Am Schluß forderte er förmlich von Polen, daß es die Angelegenheit nicht weiter hinzuziehen solle. Bourgeois schließt sich den Worten Balfours an und wendet sich an die Delegierten beider Staaten mit der Bitte, die Frage friedlich zu lösen. Auf diese Weise würden die Warschauer und Kownoer Regierung der Friedenssache einen guten Dienst leisten. Imperiali, Jishi und Quinones de Leone unterstüzten heiß die Bemerkungen Balfours.

### Die Hymanschen Entwürfe.

Genf, 20. September. (P.A.) Heute nachmittag fand eine Sitzung des Völkerbundes statt, die der litauischen Angelegenheit gewidmet war. Auf Antrag Galvanas und im Einverständnis mit Astenagz wurde die Öffentlichkeit der Sitzung angeordnet. Der Präsident des Völkerbundes Wellington Koo erteilte Hymans das Wort, der in einer Ansprache von 40 Minuten den Verlauf der polnisch-litauischen Verhandlungen darlegte. Bei der Besprechung seines neuen Entwurfs erklärte Hymans, daß er diesem Entwurf auf Grund der Beratungen, die am 26. August und 3. September v. Js. in Genf mit beiden Delegationen geführt wurden, ausgearbeitet habe. Er bemerkte, daß der zweite Entwurf beinahe identisch mit dem ersten sei, den er in Brüssel vorgelegt habe. Nach der Ansicht Hymans' wurden in dem ersten Entwurf nur unbedeutende Änderungen eingeführt und verschiedene Einzelheiten nur genauer besprochen; seine Grundlagen und wichtigsten Punkte wurden jedoch in keiner Weise geändert. Hymans legte auch die tatsächliche Stellung Polens und Litauens zu der Entschliessung des Völkerbundes vom 28. Juni d. Js. dar. Am Schluß seiner Ansprache trat Hymans gegen Zeligowski auf und betonte die Ungefährlichkeit der von ihm geschaffenen Lage.

Nach Hymans sprach der polnische Delegierte. Auf Wunsch Sir Eric Drummonds hin bat Wellington Koo, als er dem Delegierten Polens das Wort erteilte, in seiner Ansprache Einzelheiten nicht zu berühren. Astenagz forderte jedoch gleich am Eingang das Recht, gegen alle Einzelheiten, die im Bericht Hymans' enthalten sind, Einspruch zu erheben, wozu der Rat seine Zustimmung erteilte. Hymans begann die Besprechung der Angelegenheit mit der Abgabe von zwei Erklärungen: In der ersten erklärte der Redner, daß er es für seine Pflicht erachte, seine große Hochachtung für die Unparteilichkeit des Völkerbundes auszusprechen und zu erklären, daß die polnische Regierung ebenfalls die Bemühungen und den guten Willen Hymans' einzuschätzen weiß. In der zweiten Erklärung betonte er, daß trotz des unfreundlichen Standpunktes, den Litauen eingenommen hat, und trotz der Verfolgung der nationalen Minderheiten in Kowno die polnische Regierung nicht von dem Geiste der Mäßigung, von dem sie beseelt ist, ablassen und sich nicht provozieren lassen wird. Astenagz wandte sich mit der Bitte an den Völkerbundsrat, diese beiden Erklärungen gebührend einzuschätzen zu wollen.

In seiner Ansprache entwarf Astenagz zuerst ein geschichtliches Bild des polnisch-litauischen Streites vom 28. Oktober 1920 ab, also von dem Augenblick an, da der Entschluß gefaßt wurde, eine Abstimmung im Wilnaer Gebiet stattfinden zu lassen. Polen und Litauen hätten diese Entschliessung angenommen. Letzteren jedoch nachher seine Ansicht geändert und einen ablehnenden Standpunkt eingenommen. Polen habe sich dann mit unmittelbaren Verhandlungen einverstanden erklärt mit dem energischen Vorbehalt, daß hier nicht die Rede von einem Schiedsspruch sein könne. Dies wurde am 3. März d. Js. durch Balfour und Bourgeois bestätigt. Der polnische Delegierte bemerkte, daß Hymans bei der Eröffnung der Brüsseler Konferenz fest erklärt habe, er sei weder Schiedsrichter noch Vermittler, sondern nur Vorsitzender der unmittelbaren und unbefangenen polnisch-litauischen Verhandlungen. Nur in diesem Sinne habe Hymans am 17. Mai d. Js. die Ausarbeitung eines nichtverpflichtenden Vorentwurfs als Basis der Aussprache angeordnet.

Diesen Entwurf habe Hymans beiden Delegationen am 20. Mai vorgelegt. Polen stellte damals die Bedingung, daß Litauen an der Entscheidung dieser Angelegenheit teilnehmen solle, was die Rundgebung von 1 1/2 Millionen freier Bürger in der oben genannten Frage bedeute. In diesem Stadium wurde die Angelegenheit dem Völkerbundsrat während der Sitzung im Juni vorgelegt. Der Rat erkannte die Berechtigung dieses Gesichtspunktes an und empfahl den Vorentwurf als Grundlage der Aussprache mit dem Vorbehalt, daß die endgültige Regelung der Angelegenheit aus demselben Grunde drei Sejmern zur Ratifizierung vorgelegt werden müßte, und zwar dem Warschauer, dem Kownoer und dem Wilnaer Sejm. Alle Mitglieder des Völkerbundsrates empfahlen im Namen von acht Staaten in feierlicher Weise die Aufnahme von Verhandlungen auf der Grundlage des Entwurfs vom 20. Mai.

Dies war die tatsächliche Bedeutung der Völkerbundsentschliessung vom 28. Juni d. Js. Die litauische Delegation legte diese Entschliessung dem Kownoer Sejm vor, wo sie gewaltig angegriffen wurde. Bei dieser Gelegenheit kam es in der Sejmung zu jener bekannten brutalen Szene, wo die polnischen Deputierten von den litauischen Abgeordneten geschlagen wurden. Trotz dieser Vorgänge nahm die polnische Regierung am 15. Juli die Entschliessung vom 28. Juni an. Darauf hat die polnische Regierung am 16. Juli im Völkerbunde eine Note niedergelegt und eine Denkschrift der polnischen Deputierten in Kowno beigefügt, die den Sejm von über 250 000 Polen, die der Verfolgung durch den Kowno-Litauen ausgesetzt sind, von der Liga forderte. Die litauische Regierung antwortete am 22. Juli mit einer schroffen Absage auf die Entschliessung vom 28. Juni.

Am 3. d. Mts. wurde den Delegierten ein neuer Entwurf vorgelegt, der sich grundsätzlich vom ersten Entwurf unterschied.

Polen hat niemals irgendwelche Rechte Kowno-Litauens an Litauen anerkannt und wird sie niemals anerkennen. Polen erkannte den Entwurf der Föderation als für eine Aussprache geeignet an, aber noch nicht für eine Annahme. In dem Entwurf der Inkorporation liege die Anerkennung von Rechten einer Oberherrschaft, was vom Standpunkt Polens nicht zulässig sei.

Nach dem Wortlaut des neuen Entwurfs würde Wilna das wichtigste Privileg der Schweizer Kantone, und zwar die Souveränität, die im ersten Artikel der Schweizer Verfassung genannt ist, nicht haben. Das Prinzip der Ratifizierung durch den Wilnaer Sejm wurde im neuen Entwurf abgeschwächt und kann nach dem neuen Wortlaut verschieden gedeutet werden. Es müßte gefragt werden, mit welchem Rechte der neue Entwurf über Memel verfügt, das sich unter französischer Verwaltung befindet, und besonders mit welchem Recht der Entwurf Bestimmungen über das Gebiet von Wisnez und Wilejka herausgibt, das ein Gebiet von 15 000 Quadratkilometern umfaßt, die außerhalb des umstrittenen Gebietes liegt und kraft des Rigaer Vertrages zur Republik Polen gehört.

Aber die neue Methode, die in den Vorschlägen zur Annahme des Entwurfs en bloc eingeschlossen ist, bemerkt Astenagz, daß sie im Widerspruch mit der Entschliessung des Völkerbunds vom 28. Juni stehe. Man könne auf diese Weise keine Angelegenheit regeln. Es handle sich nämlich um ein Gebiet, das 55 000 Quadratkilometer umfaßt, und um eine Lebensfrage für Polen. Eine Angelegenheit, wie die Wilnaer und die Frage der polnisch-litauischen Beziehungen, könne nur durch Verhandlungen geregelt werden, die von jeder Überleitung frei sind.

Darauf trat der litauische Delegierte Galvanaslos in seiner Ansprache scharf gegen Zeligowski auf und bemerkte unter anderem, daß Kowno-Litauen bereit sei, Litauen eine Autonomie zu gewähren, wie sie die Tschechoslowakei der fremden Bevölkerung, die in ihrem Gebiet wohnt, gewährt. Astenagz ergriff zum zweiten Male das Wort und erinnerte daran, daß die polnische Regierung bisher keine Antwort auf ihre Note vom 15. Juli über die Lage, in der sich die Polen in Kowno-Litauen befinden, erhalten habe. Er verlangte den Einspruch des Völkerbundes in dieser Angelegenheit. Aber die litauische Antwort erklärte der Redner: Ich ziehe diese Antwort gar nicht in Betracht und erachte sie für nicht bestehend. Mit einigen Worten berührte Astenagz noch den Kern des Problems und fragte an, warum man in allen Vorschlägen der Regelung der Wilnaer Frage immer von der Annahme ausgeht, daß Wilna in dieser oder jener Form in jedem Falle Litauen zugesprochen werden muß. Warum zieht man nicht eine andere Möglichkeit in Betracht, und zwar die Parteilung Wilnas an Polen unter ähnlichen Bedingungen. Es geht doch um einen Staat, in dem die Zahl der Polen in hohem Maße die Zahl der Litauer übersteigt, die in diesem Staate in nur geringer Anzahl wohnen.

## Polen und die baltischen Staaten.

Warschau, 22. September. (P.A.) Das Pressebüro des auswärtigen Ministeriums teilt mit: In Verbindung mit den Erklärungen des lettischen Ministerpräsidenten Majerowicz, die in Kowno am 27. August d. Js. veröffentlicht wurden, und die unter anderem die Beziehungen zwischen Polen und Finnland betrafen, wandte sich die polnische Regierung durch Vermittelung ihres Vertreters in Helsingfors an die finnländische Regierung und erhielt folgende Erklärungen: Daß die Worte des Herrn Präsidenten Majerowicz nur eine private Aussage darstellen könnten, da Finnland in keiner Weise seine Beziehungen zu Polen geändert habe und mit diesem in aufrichtiger Freundschaft verbleibe; daß nichts eingetreten sei, das die enge Zusammenarbeit, die vor kurzem auf der Konferenz in Helsingfors begonnen wurde, geändert hätte. Diese Konferenz werde im Einbernehmen mit den gegenseitigen Entschliessungen vor Jahresfrist wiederholt werden, um eine weitere Annäherung zwischen Polen, Finnland, Estland und Lettland zu erreichen; daß Helsingfors die Ursachen nicht bekannt seien, warum die nächste Konferenz anderswo als in Warschau stattfinden soll, das, wie bekannt, von der Konferenz in Helsingfors als Ort der künftigen Zusammenarbeit bestimmt wurde; daß niemand in Finnland an eine Transitzonferenz in Riga gedacht habe, die ein Ausdruck der neuen politischen Orientierung sein könnte, welche in irgend einer Weise die bestehenden Beziehungen zwischen den baltischen Staaten im allgemeinen und zwischen Polen und Finnland im besonderen ändern könnte.

## Für ein ungeteiltes Oberschlesien.

Beuthen, 22. September. (P.A.) Der deutsche Verband landwirtschaftlicher Kreise Oberschlesiens in Oppeln und Beuthen, verschiedene Banken, Verbände und deutsche Vereine sandten an den Völkerbundsrat eine besonders begründete Bitte, Oberschlesien in seiner Gesamtheit ungeteilt bei Deutschland zu belassen. Die Begründung der Bitte über die Anteilbarkeit Oberschlesiens, die im Namen von 40 000 Landeuten ausgesprochen ist, motiviert die Eingabe in folgender Weise:

In Oberschlesien, das seit Jahrhunderten zwischen Germanen und Slawen liegt, hat eine Vermischung der Rassen stattgefunden. Es gibt keinen Oberschlesier, in dessen Adern nicht deutsches und polnisches Blut fließt. Hier bildete sich eine Nation, die ihre eigene historische und politische Berechtigung hat. Sie vertritt nämlich die germanische mit der slawischen Kultur. Im Falle einer Aufteilung Oberschlesiens müßte diese Nation verstreut werden, und sie hat doch ein Recht zur Existenz, eben so ein göttliches wie auch ein Recht, das durch eine Jahrtausende alte Geschichte geheiligt ist. Müge der Völkerbundsrat dieses heilige Recht respektieren. Es sei eine vollkommenere seltliche Ansicht, daß in Oberschlesien zwei besondere deutsche und polnische Stämme bestehen. Dagegen protestieren wir Oberschlesier energisch. In weiterer Folge bringt die deutsche Eingabe wirtschaftliche Beweismittel über die Unmöglichkeit einer Teilung Oberschlesiens und bemerkt, daß bei der Abstimmung am 20. März kein Oberschlesier an eine Teilung Oberschlesiens gedacht habe.

## Englands Vertretung in Washington.

Genf, 22. September. Trotz seines oft geäußerten Wunsches, sich nach Washington zu begeben, wird es immer unwahrscheinlicher, daß Lloyd George die Zeit finden kann, sich im Monat November von England zu entfernen. Man glaubt in offiziellen Kreisen, daß aus ähnlichen Gründen auch Lord Curzon nicht nach Washington gehen kann. Als Ersatz für sie werden in erster Linie genannt: Lord Bryce, Asquith, Grey und Balfour. Es ist jedoch auch möglich, daß Bonar Law, der augenblicklich vollkommen in den Hintergrund getreten ist, gegenwärtig sich aber seit einer Woche wieder in London befindet, gebeten wird, an die Spitze der englischen Delegation zu treten.

## Die Lage in Deutschland.

### Die Krise in Bayern.

Der zurückgetretene Ministerpräsident von Kahr hat der Bayerischen Volkspartei mitgeteilt, daß er das Anerbieten dieser Partei, sich neuerdings für die bevorstehende Kabinetsbildung als Ministerpräsident dem Landtag zur Wahl zu stellen, nicht annehmen könne. Mit der Ablehnung Kahrs, erneut den Posten des Ministerpräsidenten zu übernehmen, ist eine gewisse weitere Klärung der bayerischen Krise eingetreten, obwohl die endgültige Lösung fast ebenso fern scheint, wie bisher. Wie zu vermuten war, hat Kahr sich durch Zusicherungen an die Rechtsparteien dahin feigelegt, die Regierung nur dann wieder zu übernehmen, wenn sein Kabinett ohne jede Änderung in der Zusammensetzung bestehen bliebe. Mit dieser Bedingung haben sich aber die übrigen zu der Koalition gehörenden Parteien augenblicklich nicht einverstanden erklären können, so daß hierin letzten Endes der Anlaß zur Weigerung von Kahrs zu suchen ist.

Die nächste Folge wird nun die sein, daß ein neuer Kandidat für den Posten des bayerischen Ministerpräsidenten gesucht wird. In dieser Hinsicht gehen die Ansichten weit auseinander. Das Berliner Tageblatt weiß zu melden, daß die Bayerische Volkspartei nunmehr den Staatssekretär im Reichspostamt Stingl als Kandidaten präsentieren wird. (Bordern Oberpostdirektor im Landshut und als Oberregierungsrat Leiter der Personalabteilung im bayerischen Verkehrsministerium.) Der „Tag“ glaubt den künftigen Mann entweder in Dr. Karl Mayer vom bayerischen Justizministerium oder in dem eben zum Regierungspräsidenten der Pfalz ernannten Dr. v. Winierstein, früher Hochschullehrer im kgl. bayerischen Kultusministerium zu erblicken. Die „Deutsche Allg. Zeitung“ endlich deutet auf Staatsrat Schmeltzle, die bisherige rechte Hand des Herrn v. Kahr, bzw. den früheren Kultusminister Knilling hin.

### Blutige Zusammenstöße in Stettin.

Berlin, 22. September. Der Verein ehemaliger Pioniere in Stettin wollte am Sonntag seine Fahne einweihen. Als einzelne Mitglieder in dem Besammlungsort erschienen, wurden sie von einer dort angeammelten Menge angegriffen und zum Teil mißhandelt. Mehrere Personen wurden verletzt. Ein alter Veteran wurde sofort mit dem Messer bearbeitet und mußte im Krankenwagen weggeschafft werden. Vor dem Bellevue-Saal, wo die Feier stattfinden sollte, hatte sich gleichfalls eine große Menge angeammelt, gegen die die Polizei angeblich machtlos war. Die Veteranen wurden wieder abbesfallen und mißhandelt. Erst Verstärkungen der Polizei gelang es, die Menge zu zerstreuen.

Bemerkenswert ist das Verhalten der sozialistischen Presse, die in letzter Zeit auf derartige Veranstaltungen stets hinweist und die Programme mit entwürfenden Bemerkungen besetzt. So wurde im „Volksboten“ vom Sonnabend die heute stehende Veranstaltung als eine „nationalistische Provokation“ bezeichnet.

### Dr. Stresemann über die Politik der Mitte.

Bildschied, 22. September. Auf dem westfälischen Parteitag der Deutschen Volkspartei sprach Dr. Stresemann über die politische Lage. Seine Ausführungen über die Notwendigkeit einer Politik der Mitte und einer breiten Koalition fanden einstimmige Zustimmung. An der Politik des Reichskanzlers lobte Dr. Stresemann vielfach Kritik. Die Reden Dr. Wirths hätten nicht zur Beruhigung gedient, sondern aufreizend gewirkt. Die Polemik gegen Bayern gefährde in ihrer Art die Reichsfriedlichkeit und die Reichseinheit. Mit Bayern müßte Verständigung gefunden und jede Bestrebung, Franken von Bayern loszulösen, vermieden werden. Die Deutschnationalen wären in der Nordische Erzberger vielfach zu unrecht angegriffen worden. Notwendig sei aber auch ein deutliches Abdrücken der Deutschnationalen von den Rechtsradikalen.

### Ein Anschlag auf Stresemann.

Bildschied, 22. Sept. Am Sonntag wurde während der Tagung der Deutschen Volkspartei Westfalen-Süd von einem Unbekannten ein Schuß auf den Abgeordneten Stresemann abgegeben. Gestorben wurde Dr. Stresemann nicht.

## Der Wiesbadener Vertrag.

Paris, 22. September. (P.A.) In der Finanzkommission der Deputiertenkammer erstattete Louchere Bericht über die letzten Verhandlungen in Wiesbaden. Im Verlaufe der Aussprache berührte Louchere eine evtl. Befreiung Deutschlands von der Abgabe weiterer Zahlungen. Louchere erklärte sich jedoch entschieden für eine Kontrolle der deutschen Staatsschulden und für eine Aufsicht der deutschen Ausfuhr. Er bemerkte hierbei, daß die Alliierten wie bisher so auch gegenwärtig dieser Art Anordnungen, welche gewisse Garantien bieten sollen, geneigt seien. Der in Wiesbaden geschlossene Vertrag ist nach der Ansicht des Ministers für die Interessen Frankreichs von Vorteil. Wenn das deutsche Parlament diesen Vertrag bestätigt, wird er auch durch Frankreich ratifiziert werden.

## Rückzug der französischen Rheinarmee.

Berlin, 22. September. Die französische Regierung hat der deutschen Regierung am 17. September folgende Note übersandt: Die französische Regierung hat die Zurückverlegung der im Mai dieses Jahres in die besetzten Gebiete gesandten Truppen nach Frankreich beschlossen. Die Truppenbewegung soll am 15. September beginnen und vor Ende des Monats beendet sein.

(Es handelt sich hierbei um die sogenannte Ruhrarmee. Die Verlegung hat mit der Forderung der Aufhebung der Sanktionen nichts zu tun. Wenn der 15. September als Beginn des Abmarsches bezeichnet wird, so soll damit augenblicklich der Versuch gemacht werden die Öffentlichkeit in den Glauben zu verlegen, es handle sich bereits um den beginnenden Abbau der Gewaltmaßnahmen.)

## De Valera an Lloyd George.

Dublin, 21. September. (P.A.) De Valera hat ein Telegramm an Lloyd George geschickt, in dem er anfragt, ob man die letzte Antwort des englischen Ministerpräsidenten als eine Forderung zum Gebot oder als eine Einladung zu Beratungen ansehen soll, die keine Folge nach sich ziehen wird, wenn es zu keiner Verhandlung kommen sollte. Im letzteren Fall würden die irischen Delegierten unverzüglich zu einer Konferenz mit Lloyd George zusammentreffen.



Völkerbund.

Um die Aufnahme Litauens.

Genf, 22. September. (P.A.) Am Dienstag nachmittag um 5 Uhr fand eine Sitzung der politischen Kommission des Völkerbundes über die Aufnahme Litauens in den Völkerbund statt.

Die gegenwärtige Lage im Burgenland.

Die Lage im Burgenland gestaltet sich bis jetzt folgendermaßen: Deutschösterreich besetzt die Zone I des Burgenlandes wieder. Rittfisz wurde besetzt. Bei Wörth, südlich Hartberg, wurde eine ungarische Bande durch Gewehrfeuer zurückgewiesen.

Lies Rainer.

Geschichte einer Ehe von Leontine von Wintersfeld. (10. Fortsetzung.) (Nachdruck unterjagt.) "Das glaube ich nicht, Knut. Denn die hat doch jeder Mensch."

Rußland.

Die Sowjetregierung als Valutaspekulant.

Warschau, 22. September. Wie der „Przeglad Wlczorny“ berichtet, wurde am 14. d. Mts. auf der schwarzen Börse in Warschau ein Grusinier namens Juri Achalladze verhaftet, der Schleichungen mit polnischen Valuta vornehmen wollte.

Troski spricht.

Moskau, 22. September. In einer Versammlung der Vertreter von Sowjetorganisationen und der Jabiträte in Odessa sprach Troski über die außenpolitische Lage Rußlands und erklärte, die Sowjetregierung sei bereit, Rußland so schnell als möglich wirtschaftlich wieder aufzubauen.

Die Sowjettruppen an der rumänischen Grenze.

Bemberg, 22. September. „Ridny Kraj“ meldet, daß die Sowjettruppen sich der rumänischen Grenze nähern.

Tschitscherin an die Verbandsmächte.

Wien, 22. September. (P.A.) Tschitscherin erklärt in seiner Note an die verbündeten Staaten: Die russische Regierung hat erfahren, daß das internationale Komitee, das unter dem Vorsitz Nolens steht, eine Bitte an die Mächte zu richten beabsichtigt.

England und Rußland.

London, 21. September. (P.A.) Reuter veröffentlicht folgende Mitteilung: Von der Zeit da der englisch-russische Handelsvertrag geschlossen wurde, verstärkte Sowjetrußland seinen Feldzug in Mittelasien und Afghanistan einen Feldzug der Ögen und der Feindschaft gegen die englische Regierung.

Die Rückwanderer-Delegation.

Warschau, 21. September. (P.A.) Dienstag erhielt die russische Rückwanderer-Delegation eine Depesche, die die Mitglieder der Delegation Professor Zdanow, Skofski und Rodzkienski sofort nach Moskau zurückberuft.

Lebensmittelnappheit in Petersburg.

Helsingfors, 22. September. (P.A.) Wie aus Petersburg berichtet wird, hat der hiesige Sowjet zur Verabreichung der Arbeitermassen, die in den letzten Tagen keine Lebensmittelrationen erhielten, beschlossen, die ankommenden Lebensmitteltransporte auf der Stelle aufzuhalten und zum eigenen Bedarf Petersburgs zu benutzen.

Das Rote Kreuz.

Miga, 22. September. (P.A.) Der Vertreter Ransens in Moskau, Wektor, teilte der Sowjetregierung mit, daß das Rote Kreuz die Ernährung von 100.000 Personen im Gouvernement Saratow auf sich genommen habe.

Der griechisch-türkische Krieg.

Verfolgung der Griechen durch die Kemalisten.

Konstantinopel, 22. September. Ergänzende Nachrichten besagen, daß nach den gemeldeten Erfolgen die kemalistischen Streitkräfte die Verfolgung des Feindes aufgenommen haben.

Die Verschwörung.

London, 22. September. Reuter meldet aus Smyrna: Wegen Verbindungsschwierigkeiten sind die Griechen genötigt, sich auf das westliche Ufer des Salaria zurückzuziehen.

Der Generalstreik in Nordfrankreich.

Paris, 22. September. Die Textilunternehmer haben die Einladung Brands zu einer neuen Aussprache angenommen. Man schöpft daraus die Hoffnung, daß sie sich entschlossen haben, ihre bislang unachgiebige Haltung einer Revision zu unterziehen.

Douai, 22. September. Die Lage in den Kohlenbergwerken ist sehr gespannt. Am Sonnabend wurde eine Konferenz zwischen den Delegierten der Bergwerksbesitzer und der Bergleute abgehalten.

Tagung des Zentralkomitees der Confédération Générale de Travail.

Paris, 22. September. Am Montag und Dienstag war in Paris das Zentralkomitee der Confédération Générale de Travail versammelt, um den engeren Ausschuß und die Verwaltungskommission zu wählen.

Großes Explosionsunglück.

Danzig, 22. September. (P.A.) Aus München wird berichtet: In der Badener Anilinfabrik in Oppau ereigneten sich gestern früh 7 1/2 Uhr außerordentlich starke Explosionen, die von gewaltigen Erdschütterungen begleitet waren.

Die Anilinfabriken, die von der Katastrophe betroffen wurden, sind die größten Anlagen dieser Art in Deutschland. Die Explosion war außerordentlich stark. In der ganzen Stadt zerplitterten die Fensterscheiben.

Republik Polen.

Die polnische baltische Flotte. Putzig nimmt immer mehr den Charakter eines Kriegshafens an. Dort liegen bereits vier Minenboote, und in kurzer Zeit werden noch weitere drei Torpedoboote erwartet.

4. Kapitel.

An ihrem kleinen, zierlichen Schreibtisch im blauen Boudoir saß Lies Rainer und schrieb. Sie schrieb aber einen Brief nach Hause an Ellen. „Geliebtes Schwesterchen! Nun ist der Umzug von Jena hierher glücklich überstanden und wir haben uns schon wieder ganz wohl eingerichtet.“

„Lies, keine Schwägerin, man muß doch auch einmal sehen, wie es Dir geht. Wie schön kühl es hier bei Euch ist. Es ist bodenlos heiß und staubig auf den Straßen.“ Lies führte die Schwägerin durch Knuts Arbeitszimmer auf den kleinen, schattigen Balkon.



Quartalswechsel

steht vor der Tür und damit Ablauf des Zeitungs-Postabonnements. Die Postbezieher unserer Zeitung müssen deshalb möglichst rasch ihre Neubestellung beim Postboten oder beim nächsten Postamt bewirken, da sonst Unterbrechungen in der Weiterlieferung unvermeidlich sind.

Die Bestellung kann sowohl für einen Monat als auch gleich für das ganze Quartal erfolgen und muß 5-6 Tage vor dem Ersten erledigt sein.

Posener Tageblatt

die Genossenschaft über 500 Mitglieder zählt, tritt anstatt der Hauptversammlung eine Versammlung der Abgeordneten gemäß § 51 des Genossenschaftsgesetzes vom 29. 10. 20. und zwar entsendet: a) jede Ortsgruppe einen Vertreter, b) Ortsgruppen, die mehr als 30 Mitglieder zählen, entsenden für je angefangene 30 Mitglieder einen weiteren Vertreter. Die Wahl und Ersatzwahl der Abgeordneten findet in den einzelnen Ortsgruppen direkt statt. Das Ergebnis ist dem Vorstand der Genossenschaft innerhalb 14 Tagen nach Vollziehung unter Angabe des Vor- und Zunamens, Stand der Gewählten anzuzeigen. Die Abgeordneten werden auf die Dauer von 3 Jahren gewählt. Wiederwahl ist zulässig. Jedes Mitglied der Genossenschaft ist als Abgeordneter wählbar. - § 46. Zusatzfassung: Wer eine Mehrzahl von Anteilen besitzt, kann diese nur in ihrer Gesamtheit kündigen. - § 51 wird gestrichen; und der Posenschen Landesgenossenschaftsbank, e. G. m. b. H. Poznań.

Aber die Erhöhung des Kredits (bis zu 30 Millionen) wurde nach den Vorschlägen des Vorstandes beschloffen, und als neues Aufsichtsratsmitglied wurde von der Generalversammlung Gärtnereibesitzer Julius Noß gewählt.

Nach dieser Abwicklung der Tagesordnung nach dem wohl-vorgezeichneten Vorhinein des Gesamtvorstandes wurde die allgemeine Debatte etwas breiter und gab den auswärtigen Genossen Gelegenheit, Klagen und Wünsche vorzubringen. Besonders die weit von Bromberg wohnenden Genossen der Ein- und Verkaufsgenossenschaft beklagten sich über geringe Berücksichtigung bei der Belieferung mit Leder usw. Die Vertreter vonirschau und Rawitsch erhoben Klage über Benachteiligung. Sogar Vorschläge für verteilte Lager oder Depots in den einzelnen Bezirken wurden gemacht. Herr Kleinig versprach Abhilfe dort, wo berechnete Klagen vorhanden sein mögen, erklärte aber vieles aus den schlechten Verhältnissen und auch dem zögernden Verhalten der Ortsgruppen, die sich evtl. auch zum Entsenden eines Kuriers entschließen müßten. Herr Schulz-König machte praktische Vorschläge. Besonders warnte er vor Verzettelung. Nur eine kapitalkräftige Einkaufszentrale könne dem Handwerk Nutzen bringen, und für die gerechte Verteilung von Rohstoffen und Halbfertigfabrikaten müsse ein Verteilungsschlüssel gefunden werden. Bei richtiger intelligenter Durchorganisation der Genossenschaft, pünktlicher Einbindung von Geschäftsleuten, die auch Herr Noß empfahl, und Stärkung der Genossenschaft durch Einzahlungen im Voraus werden immer mehr Handwerker zu günstigen Preisen und ausreichend beliefert werden können. Auch Herr Grech, der Vorsitzende der Ein- und Verkaufsgenossenschaft für Wälder und Rindfleisch, mahnte zu größerer Opferwilligkeit in der Bewilligung von Mitteln seitens der Mitglieder, um einen Einkauf zur rechten Zeit zu ermöglichen. Er stellte auch den Antrag auf Schluß der Debatte, nachdem etwa zwanzig Herren zum Wort gekommen waren und von ihrem Standpunkte aus Anregungen für den Ausbau der Genossenschaft gegeben hatten. Herr Kleinig konnte daher kurz vor 1 Uhr mittags die Tagung der Handwerker mit einem Appell an die Opferwilligkeit und die Tatkraft des wertvollen Berufsstandes schließen.

Beschlagnahme von deutschen Banktresors.

In weiten Kreisen der deutschen Bevölkerung hat eine Nachricht von der angeblichen Beschlagnahme deutscher Banktresors durch die polnische Regierung lebhaftes Beunruhigung hervorgerufen. Zur Aufklärung wollen wir darauf hin, daß nur Banktresors von Reichsdeutschen, deren Vermögen der Liquidation unterliegt, von der Regierung beschlagnahmt sind. Treisors Deutscher, die durch den Friedensvertrag polnische Untertanen geworden sind, sind frei. Sollte der Nachweis der Staatszugehörigkeit erbracht werden müssen, so genügt eine Besätigung des zuständigen Polizeikommissariats.

Die Veranlagungsarbeiten zur Einkommensteuer haben sich, wie von amtlicher Stelle mitgeteilt wird, in diesem Jahre wesentlich verzögert, und dennoch sollen sie recht bald zum Abschluß gebracht werden. Zu Beginn dieses Monats erschien in den hiesigen Zeitungen die öffentliche Bekanntmachung, daß die Steuererklärungen für das Steuerjahr 1921 in der Zeit vom 8.-26. d. Mts. eingereicht werden sollen. Wer in der angegebenen Zeit die geforderte Erklärung nicht einreicht, muß neben dem veranlagten Steuerjahr noch die im § 31 des Einkommensteuergesetzes vorgemerkten Zuschläge zahlen. Formulare zu den Steuererklärungen werden mit Rücksicht auf die hohen Unkosten nicht zugestellt, vielmehr muß jeder Steuerpflichtige sich diese bei der Veranlagungskommission anfordern. Beider sind bis jetzt verhältnismäßig wenig Steuererklärungen abgegeben worden, obwohl der Termin zur Einreichung bereits mit Montag, dem 26. d. Mts. abläuft. (Die Angabe in der gezeigten Ausgabe, daß die Steuererklärungsabgabe bis Mittwoch, 28. d. Mts. erfolgt sein müsse, war irrtümlich.) Es liegt im eigenen Interesse der Steuerzahler, die gestellten Termine einzuhalten und die Steuererklärungen sofort einzureichen.

Zuckerpreise im Großhandel. Das Ernährungsministerium hat den Verkaufspreis für Zucker an die Verbraucher erhöht. Bei 100 Kilogramm ist der Preis festgesetzt: für weißen Zucker mit Verwahrung von 6500 Mt auf 8000 Mt, für gelben Zucker mit Verwahrung von 5700 Mt auf 7000 Mt, für gelben Gewerbezucker von 12870 Mt auf 14625 Mt, für weißen Zucker von 14000 Mt auf 16000 Mt. Diese Preissteigerung ist rückwirkend vom 10. Juni ab der Preissteigerung unterliegen alle Vorräte, die am 10. Juni in den Niederlagen der Großhändler, in den Kreislagern und anderen Geschäften, die mit Zucker handeln lagerten ebenso der Zucker, der vor dem 10. Juni in den Zuckerfabriken gefaßt und erst nach dem 10. Juni für den Großhandel geliefert, aber noch nicht veräußert war.

Die Silberne Hochzeit feierte heute der Pastor Grentsch mit seiner Gattin Agnes, geb. Seipolt, unter Anteilnahme vieler Kreie, besonders aus der Kreuzkirchengemeinde. Das Ehepaar hat 35 Kinder, 10 Enkelkinder und 10 Urenkelkinder. Das Ehepaar hat 35 Kinder, 10 Enkelkinder und 10 Urenkelkinder.

Die Silberne Hochzeit feierte heute der Pastor Grentsch mit seiner Gattin Agnes, geb. Seipolt, unter Anteilnahme vieler Kreie, besonders aus der Kreuzkirchengemeinde. Das Ehepaar hat 35 Kinder, 10 Enkelkinder und 10 Urenkelkinder.

Die Silberne Hochzeit feierte heute der Pastor Grentsch mit seiner Gattin Agnes, geb. Seipolt, unter Anteilnahme vieler Kreie, besonders aus der Kreuzkirchengemeinde. Das Ehepaar hat 35 Kinder, 10 Enkelkinder und 10 Urenkelkinder.

plag vor dem Hauptpostamt aus der Gefährliche eine Geldtasche im Werte von 5000 R. mit 2700 R. polnischem und 30 R. deutschem Gelde gestohlen.

A Schlecht belohnte Freundschaft. Am 16. d. Mts. wurde einem „modernen Herrn“ namens Stanislaw Bloch aus seiner Wohnung in der ul. Strzelska 31 (fr. Schützenstr.) ein Utensil und ein schwarzer Kuzug im Werte von 30000 R. gestohlen. Als Dieb wurde der 24jährige Kellner Franz Dähler ermittelt, mit dem der Diebstahl vor 14 Tagen kurze Zeit zusammengehört hat.

A Festnahme von fünf Taschendieben. In den letzten beiden Tagen wurden hier an verschiedenen Stellen der Stadt nicht wenige als fünf Taschendiebe auf frischer Tat erwischt, festgenommen und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Es handelt sich um den 18 Jahre alten Salomon Nisch aus der Gegend von Warschau, den ebenfalls aus Kongressen stammenden 43jährigen Salomon Weinberg, den 17 Jahre alten Franz Lamberski aus Posen, den 23jährigen aus Posen stammenden Backwa Sudekiewicz und den 20 Jahre alten, aus Brzeslau bei Posen gebürtigen Stelak Raminski. Einer der Taschendiebe hatte seine Tätigkeit auf dem Hauptbahnhof ausgeübt.

Bromberg, 21. September. Die Krankenkassenwahlen am Sonntag hatten folgendes Ergebnis: Von 1518 wahlberechtigten Personen haben nur 3147 ihr Wahlrecht ausgeübt. Im einzelnen wurden folgende Stimmen abgegeben: Liste 1 (polnisch) 2265, Liste 2 (sozialistisch) 609, Liste 3 (deutsch-lutherische Vereine) 255 Stimmen. Ferner entfielen auf die polnische Liste 15 Mandate, auf die (polnisch-deutsche) sozialdemokratische Liste 4 und auf die Liste der Angehörigenverbände (S.-D.) ein Mandat. Die Arbeitgeber hatten nur eine gemeinsame (deutsch-polnische) Liste aufgestellt, so daß von einer Wahl Abstand genommen werden konnte. Nach einer Bekanntmachung der städtischen Polizeiverwaltung erhält die bisherige Goethestraße den Namen „Ulca 20 Sycznia“, auf deutsch „Straße des 20. Januar“, und die bisherige Schillerstraße den Namen „Ulca Baderewskiego Ignacego“. Der erigene neue Straßennamen soll also den Jahrestag der Befreiung Brombergs durch Polen im Straßennamen festhalten, der auch knüpft sich an den Namen des betrannten polnischen Plablers und früheren Politikers und zeitweiligen Ministerpräsidenten Ignaz Baderewski.

Handel, Gewerbe und Verkehr. Kurse der Posener Börse.

Table with columns for '23. September' and '20. September'. It lists various financial instruments like '4% Posener Pfandbriefe', '3% Bucht. A u. B', etc., with their respective values and changes.

Berliner Börzenbericht vom 21. September.

Table listing various market indicators and prices, including 'Diskontokomm.-Anleihe', 'Berliner Maschinen-Fabrik', 'Schwarzpulver', etc.

Hausdruckerei: Dr. Wilhelm Soewenhal. Verantwortlich: Dr. Wilhelm Soewenhal. Druck: Dr. Wilhelm Soewenhal.

Zwei Schiffe haben besonders bei der Abwehr des Hochgewinnens außerordentlich große Dienste geleistet. Die polnische Marine zählt gegenwärtig 246 Marinemilitäre. Die für Puzig bestimmten drei Torpedoboote sind ehemalige deutsche Torpedoboote von 60 Meter Länge, 6,20 Meter Breite und einer Wasserdrängung von 30-350 Tonnen. Ihre Sammelkraft erreicht etwa 25-30 Seemeilen in der Stunde. Die Besatzung des einen Bootes besteht aus einem 45 Zentimeter Torpedorohr und drei 8,5 Zentimeter-Schnellfeuergeschützen. Die beiden übrigen Boote besitzen die gleichen Torpedorohre und je 2 Schnellfeuergeschütze. Die Boote sind in Setun gebaut. Zur Begründung eines Seemuseums in Puzig sind bereits 17000 Mt. eingenommen.

Die Plenarsitzung des Sejm findet, wie die „Niezgodzopolita“ berichtet, Dienstag, den 27. d. Mts., nachmittags um 4 Uhr statt. In dieser Sitzung wird der Ministerpräsident Bonikowski wahrscheinlich das Programm der neuen Regierung vorlegen.

Von der Warschauer Getreidebörse. Nach Informationen des „Kuryer Wlasczany“ wird der Regierungskommissar der Warschauer Börse, Herr Dr. Owest, in nächster Zeit eine Revision über die persönliche Qualifizierung aller Mitglieder der Warschauer Getreidebörse vornehmen. Alle, die den Ansprüchen nicht genügen, werden rücksichtslos befeitigt und für immer aus der Mitgliederliste der Börse gestrichen.

Deutsches Reich.

Die sozialdemokratische Partei und die Regierung. Aus der Litz wird berichtet: Am Mittwoch, dem 21. September, wurde in der Tagung der sozialdemokratischen Partei in Berlin eine Entschließung über die Bildung einer Koalitionsregierung in Deutschland gefaßt. Die Entschließung erklärt unter anderem, daß der Eintritt von Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei in die Regierung von der Parlamentsfraktion und vom Vorstand der Partei beschlossen wurde. Die Entschließung enthält folgende minimale Forderungen, von der sie den Eintritt von Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei in die Regierung abhängig macht: 1. Schutz der Republik, 2. Sicherung des Selbstbestimmungsrechtes der Bevölkerung des Deutschen Reiches in den einzelnen Staaten und Gemeinden, 3. Herabsetzung der militärischen Verwaltung und der Polizeiverwaltung, 4. Sicherung einer sozialen Gesetzgebung, 5. eine Politik der Regierungsannäherung, 6. lokale Durchführung des Friedensvertrages bis zur Möglichkeit und Erfüllung der Deutschland auferlegten Verpflichtungen in dem Rahmen, wie diese durch Einzelziehung vor allem begünstigten Vorkäufen ermöglicht werden kann.

Die Kolonisationsmethode Deutschlands vorbildlich. „Gazette de Lausanne“ hält dem indischen Delegierten lebhaft vor, daß er sich in seiner Rede am Montag über die deutsche Kolonisationsmethode lobend geäußert habe. Man müsse darin ein Ergebnis der deutschen Propaganda in Asien sehen. Es sei fast ein Skandal, wenn die Kolonisationsmethode Deutschlands von der Tribüne des Völkerbundes herab als vorbildlich hingestellt werde.

Lokal- u. Provinzialzeitung. Posen, 22. September. Herbstanfang.

Kalendermäßig scheidet der Sommer morgen von uns, der sich vor seinen Brüdern durch einen fast ununterbrochenen heiteren Sonnenschein, nahezu bis zu den Siedegraden gesteigerte Hitze und fast andauernden Regenmangel auszeichnete. Welche schweren Schäden uns dieses Sommerwetter bereitet hat, davon ahnt der Stadtbewohner eigentlich nur etwas aus der ungewöhnlichen Teuerung für alle Acker- und Feldfrüchte, die sich sogar auf die angeblich ausgezeichneten Getreidefrüchte bezieht, wie wir zu unserer Betrübnis in diesen Tagen feststellen mußten, als der hiesige Magistrat notgedrungen den Preis für 1 Pfund Roggenbrot von 29 Mt. auf 30 Mt. erhöhte. Wie groß der wirkliche Schaden ist, den die Dürre des zu Ende gehenden Sommers bereitet hat, das wissen allein die Landwirte richtig zu beurteilen, deren Kartoffelerträge in diesem Jahre nur 40 v. H. einer normalen Ernte betragen. Woher die fehlenden 60 v. H., die zur Volksernährung nun einmal erforderlich sind, in diesem Winter genommen werden sollen, das zu beantworten dürfte niemand in der Lage sein. Ob wir nicht mit einer Hungernot zu rechnen haben werden, wer will das heute sagen? Jedenfalls kann von einer befriedigenden Kartoffelernte, wie eine Warschauer amtliche Stelle wissen wollte, wenigstens für unseren ehemals preussischen Gebietsteil, selbst bei der größten Schönfärberei nicht die Rede sein. Das offen auszusprechen bedeutet keine Schwarzfärberei, sondern bezweckt vielmehr der Allgemeinheit die Augen zu öffnen für eine große Gefahr, vor der wir stehen. Jedenfalls wird der zu Ende gehende Sommer nicht nur im Gedächtnis unserer Landwirtschaft, sondern auch der Stadtbewohner als einer der unheilvollsten fortleben, der mit seiner Sinnlosigkeit zu den äußersten Extremen nur wieder einmal die Mäßigkeit der griechischen Philosophenforderung modern agan (Nichts zu sehr) beweist. Trauer braucht uns demnach beim Scheiden der scheinbar köstlichen diesjährigen Sommerzeit nicht zu erfüllen, die uns, um ihren wunderbaren Launen die Krone aufzusetzen, schließlich in den letzten Nächten noch durch Überschreiten des Gefrierpunktes überraschte.

Morgen tritt also beim Übergang des Tagesgestirns aus der Jungfrau in die Waage der Herbst seine Herrschaft an. Tag und Nacht sind morgen je 12 Stunden lang, also gleich, weil sich die Sonne im Äquator des Himmels bewegt. Im allgemeinen pflegen sich die ersten Herbsttage in unserer Gegend so bis etwa in die Mitte des Oktober hinein durch milde Freundlichkeit auszuzeichnen. Und auch in diesem Jahre richtet sich unsere Hoffnung darauf, daß wir nicht etwa schon in diesen Tagen unsere Zustucht zum wärmenden Asten nehmen müssen. Denn die Erzeugung künstlicher Wärme ist in unseren Tagen der Heizmaterialien-Sknappheit und der damit zusammenhängenden schier unerlöschlichen Kohlen-, Koks-, Holz- und Torfpreise eine recht, recht lösspielige Sache, auf die wir im Hinblick auf unseren ohnehin stark schwindlichen Geldbeutel zunächst noch gern verzichten möchten. Was wir gern haben möchten, Städte und Landwirte ohne Ausnahme, das sind recht durchdringende Regengüsse, die das Erdreich für die Winterzeiten aufnahmefähig machen. Soll der Winterschaden sich nicht auch noch auf das nächste Jahr erstrecken, dann müssen uns die Herbsttage zunächst noch ergiebige Regengüsse bescheren.

Ausschließung des Verbandes deutscher Handwerker in Polen.

Die Ein- und Verkaufsgenossenschaft des Bundes deutscher Handwerker in Polen hielt am Montag in Bromberg ihre Ausschließung ab, die von den Mitgliedern aus Pommern und Posen so zahlreich besucht war, daß der große Saal bis auf den letzten Platz besetzt war. Aber den Verlauf der Sitzung entnehmen wir der „Deutschen Rundschau“ folgendes: Der Vorsitzende, K. Kleinig, kann mit Befriedigung auf den Verband und die Genossenschaft blicken, deren Leitung in seiner Person vereint ist. Als erster Punkt der Tagesordnung wurde die Erhöhung der Geschäftsanteile behandelt. Die Erhöhung von 500 auf 1000 Mt. mit einer Hoffsumme von 500 Mt. wurde beschlossen. Wichtig war die zu beschließende Satzungsänderung. Sie lautet: § 1. Nach dem Genossenschaftsgesetz vom 29. 10. 1920 ist anstatt des Wortes „Spółka“ das Wort „Spółdzielnicza“ zu setzen. - § 81 erhält folgenden Nachsatz: Sofern



Die Verlobung ihrer Tochter Margarete mit dem Bankbeamten und Leutnant der Res. im Feldartillerie-Regt. 56, Herrn Herbert Hamke geben hiermit bekannt

Gutsbesitzer Rudolf Sprotte und Frau Lisa, geb. Hilbig.

Podanin, powiat Chodzież, 8031j im August 1921.

Meine Verlobung mit Fräulein Margarete Sprotte, Tochter des Gutsbesitzers Herrn Rudolf Sprotte und seiner Frau Gemahlin Lisa, geb. Hilbig, erlaube ich mir hiermit bekannt zu geben

Herbert Hamke, Bankbeamter, Leutn. d. R. im Feldart.-Regt. 56. Berlin-Friedenau, Cranachstrasse 13, im August 1921.

Bekanntmachung.

Mit Rücksicht auf die allgemeine Lohnerhöhung sind an Anordnung des Ministeriums für Arbeit und Volkswirtschaft die bisherigen Lohnstufen, welche zur Berechnung der Höhe der Unterstützung und der Beiträge maßgebend sind, auf Grund des Art. 21 des Gesetzes vom 19. Mai 1920 betr. Krankenversicherung durch Erhöhung des gesetzlichen täglichen Lohnminimums bis zu 600,- M. (bisher 200,- M.) erweitert durch Hinzufügung weiterer Lohnstufen, welche vom 1. Oktober 1921 in Kraft treten.

Table with 5 columns: Lohnklasse, Täglicher Verdienst, ober Wochenlohn, ober Monatsgehalt, Geseftliche Lohnstufen betragt täglich. Rows 1-31.

Die Aenderung der Beiträge und der Unterstützung geht aus dem Nachtrag IV., welcher durch den Urząd Ubezpieczeń miasta Poznań beglaubigt ist, hervor. Dieser Nachtrag ist in den Geschäftsräumen der Krankenkasse, Pocztowa 8, zwecks Durchsicht ausgelegt. Poznań, den 19. September 1921.

Komisarz Kas Chorych miasta Poznań. J. Frydrychowicz.

Der Urząd Ubezpieczeń miasta Poznań hat auf Grund des Art. 19 des Gesetzes über Krankenaffen vom 19. Mai d. J. 1920 den Wert der freien Beschäftigung einschließlich der Wohnung, Beheizung und Beleuchtung für Dienstmädchen auf 50 Mark täglich festgesetzt.

Kasa Chorych miasta Poznań.

Petroleum. Auf Abschnitt 10 der Petroleumkarte können 4 Liter Petroleum zum Preise von 57 Mark pro Liter entnommen werden.

Poznań, den 17. September 1921. Magistrat der Stadt Poznań. (-) Dr. Kiedacz.

Max Ehrenwerth hebräische Buchhandlung 3023 Esrogim, Eulowim, Gaddassim jetzt Berlin, Weinmeisterstr. 2

Deutschensbund Wirtschaftshilfe. 2885 Pachtstellen (auch Gastwirtschaften) werden in allen Größen gesucht. Angebote sind zu richten an den Deutschensbund, Abt. Wirtschaftshilfe, Poznań, Waly Leszczyńskiego 2.

Moderne Einfamilien-Villa in Strehlen i. Schles. mit 1/2 Morgen großem Obst- u. Gemüsegarten ist sofort zu verkaufen. Bezugsbar Anfang Oktober. Offerten an W. B. 3900 Möllereibesitzer Langer, Strehlen i. Schles.

1 Kino-Uniformer für 440-65 Volt, 80 Amp., mit Regulator und Anlaßer steht zum Verkauf. Anfragen bei Wilhelm Buchholz, Bydgoszcz, Gdańska 150.

Geistl. Maschinenprektoři aus eigenen Werken z. waggono. Bezüge offer. billig Górnosłaskie Przedsiębiorstwo Weglowe-Poznań - Kaluźny i Werner Poznań, Waly Zygmunta Augusta Nr. 3, Tel. 1296 u. 3871. - Telegr.-Adr.: Werner Kohlenvertrieb.

Gesunde Stubben, Nieserrollen, Anüppelholz zum waggonoweisen Bezüge offeriert billig Górnosłaskie Przedsiębiorstwo Weglowe-Poznań - Kaluźny i Werner Poznań, Waly Zygmunta Augusta Nr. 3, Tel. 1296 u. 3871. - Telegr.-Adr.: Werner Kohlenvertrieb.

Ankäufe u. Verkäufe

Kaufe: Standuhr, Geldschrank, Pianino oder Stuhlklügel, Teppich. 3037 Dydalski, Poznań, Górna Wilda 15. Tel. 1625

Standuhr od. Hängenuhr, antik, zu kaufen gesucht. Off. u. R. R. E. 3006 a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Goldene, (3026 beschädigte und unmoderne Uhren, Ringe, Broschen, Ohrringe und jedes alte Gold u. Silber kaufe ich hohe Preise. Chwilowski, sw. Marcia 40, Uhrengeschäft, nahe am Schloß. Dasselbst Verkauf von Trauringen, Schmuckstücken u. gut. Uhren.

Metalle: Zink, Blei, Kupfer, Messing usw. sowie sämtl. Metallabfälle ist günstig zu verkaufen. Partiewaren können abgegeben werden. P. Deutschner, Trzemeszno. W. Plonka, Metallwarenfabrik, Poznań, ul. Zagórze 6, Teleph. 1100.

Zement in Waggonoladung u. kleineren Mengen. Drahtstifte offeriert Gustav Aekermann, Toruń III, Mickiewicza 5. Telephon 9.

Gebrauchte, dunkelgraue Buchenscheibeln zum Verfeuern. Gronow, Szajana (Benfischen).

Statt Karten. Flora Loemenbach Adolf Fabian Verlobte. Szamotuły (Samter) Wieleń (Filehne)

Strengste Diskretion

Wer etwas zu kaufen oder zu verkaufen hat, wer Personal, Vertreter, Teilhaber oder Kapital sucht, wird in der Regel nicht mit seinem Namen in der Annonce genannt sein wollen. In diesen Fällen nimmt unser Bureau die einlaufenden

Offerten unter Chiffre

entgegen und liefert sie uneröffnet und unter Wahrung strengster Diskretion seinem Auftraggeber aus. Die Benutzung unserer Annoncen-Expedition verursacht keine Mehrkosten, der Inserent erzielt vielmehr bei Aufgabe seiner Annoncen durch uns eine Ersparnis an Kosten, Zeit und Arbeit

Annoncen-Expedition Rudolf Mosse

Anzeigenaufnahme für alle Tageszeitungen, Zeitschriften usw. des In- u. Auslandes! Generalvertretung für Poznań u. Umgebung: Fritz Meyerstein, ulica Wroniecka 12 u. Telephon 1805.

CHAMPAGNER WEINE AUS FRANZÖSISCHEN WEINEN HERGESTELLT, MARKE PICARD & GAMET, METROPOLE SEC, DEMI SEC, CARTE BLANCHE, Grand Vin Imperial finest extra Qualité, ständig auf Lager bei NYKA & POSŁUSZNY WEINGROSSHANDLUNG Poznań, ul. Wroclawska 33-34. - Tel. 1194. Reiche Auswahl in Bordeaux-, Burgunder-, Ungar- u. Südweinen

Ein gut eingeführtes, seit 30 J. bestehendes Uhren- und Goldwarengeschäft ist günstig zu verkaufen. Partiewaren können abgegeben werden. P. Deutschner, Trzemeszno.

1 fast neuer Schwalbenrod, 1 Mantel, 1 kleiner eiserner Ofen zu verkaufen ul. Dabrowskiego 45 II rechts.

Fensterglas in allen Maßen, Ornamente, Roh-, Draht- u. Muffelglas; Glasfenster, Glasdiamanten, Wasserteile, Strohpappen, L. Zipperl, Sp. z o. p., Gniezno.

Dampfflugzeile aus prima Flugstahlbract empfehle zur sofortigen Lieferung ab Poznań. Paul Seler, Masch.-Fabrik, Poznań, ul. Przemysłowa 28. - Telephon 2480.

Arbeitsmarkt Die Brennerei-Gesellschaft Smieszow b. Gornikow sucht zum 1. Oktober 1921 einen tüchtigen evangelischen Brennerei-Verwalter. Polnische Sprache unbedingt nötig. Der Vorstand. Suche zum 1. Oktober für mein Gut Potrzegowica einen

Brenner. Suche zum baldigen Antritt eine tüchtige Angebote mit Gehaltsanbr. u. Zeugnisabschr. bitte zu richten an Frau Mittergutsbes. Materna, Wolnica, p. Krotogyn.

Spielplan des „TEATR WIELKI“ m. Poznań



Freitag, den 23. 9. um 7 1/2 Uhr: „Dama Bitowa“, Oper von B. Czajkowski.

„Jugendfreunde“ Eintrittskarten zu 20, 30, 40, 50 M. ausschl. Steuer) bei W. Górski fr. Boteu Bock, ulica 27. Grudnia.

Fabrikant Ing., 34 sucht gebildete Dame als Freundin zwecks Erlernung der poln. Sprache evtl. Heirat. Bedingung große Erscheinung nicht über 25 J. Buchstaben m. Bild, das retour gesandt wird u. 3035 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Pensionär, sehr rüchtig sucht Damenbekanntschaft zwecks späterer Heirat. Off. u. 3025 a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Brief abholen Gräß, d. Df. 5. 2830.

Andacht in den Gemeinde-Synagogen Synagoge A Wolnica.

Freitag, 23. Sept., ab 6 1/2 Uhr, Sonnabend morgens 8 1/2 Uhr (beginn. mit Schachertis) mit Predigt. nachm. 4 1/2 Uhr Jugendandacht, nachm. 6 Uhr Rindg. abends Sabbatausgang) 7 Uhr 32 Min.

Synagoge B (Israel. Brüdergemeinde) Ulica Dominikańska. Freitag, d. 23. Septbr., abends 7 Uhr mit Predigt. Sonnabend vorm. 10 Uhr nachmittags 4 Uhr Jugendandacht. Werktags-Andacht. Morgens 7 Uhr und abends 7 Uhr.

Wohnungen Junger Revisionsbeamter sucht ver sofort sauber möbliertes Zimmer. Off. unt. 3017 an d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

2 Studenten suchen ein möbli. Zimmer. Off. u. 3036 a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Zwei trockene Keller als Lagerräume von 1000 qm vermieten. Off. u. 3030 a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Stellenangebote

Gutsverwalter, 32 Jahre alt, verheiratet, 10 J. prakt., der poln. Sprache in Wort und Schrift mächtig, sucht gestützt auf sehr gute Zeugnisse. Dauerstellung zum beliebigen Antritt. Off. unt. 3039 an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

Privatbeamter, Deutscher, der poln. Sprache mächtig, sucht gestützt auf gute Zeugnisse. Einjähr.-Zeugnis u. Einverh. d. Hof. eine geordnete Stelle. Best. Off. unt. R. D. 3018 an d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Suche für meinen Sohn eine landwirtschaftliche Praktikantenstelle auf einem Gute, ohne gegenwärtige Vergütung. Derselbe ist groß und kräftig, 20 J. alt. Einjähr.-Zeugnis mit landwirtschaftlichen Vorkenntnissen. Best. Off. an Predschneider, Brwinów, Ziemia Warzawska.